

Bezugspreis:

Einzelheft 20 Pf., monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 7,20 M., jährlich 14,40 M. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Raumverteilung ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 9. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Briands Taktik.

Ein Kompromiß, das keines ist!

Der „New York Herald“ glaubt angeben zu können, daß man in Frankreich aus dem ersten und vorläufigen Ton, der auf der gestrigen Konferenz herrschte, den Schluss ziehen ...

Weiter behauptet der „New York Herald“, daß die Engländer geneigt seien, als Grundlage der Zuweisung der einzelnen Teile des Industriegebietes die Abgrenzung nach Gemeinden hinzunehmen ...

Gegenteilige Meldungen.

Paris, 9. August. (E.E.) Der Pariser Korrespondent der Zentralnews telegraphierte nach London: Lloyd George befragte Lord Curzon und die englischen Sachverständigen nach der Konferenz am Quai d'Orsay ...

London, 8. August. (W.Z.) „Pall Mall and Globe“ meldet aus Paris, daß die Lage heikel sei; zwischen der Ansicht der Engländer und derjenigen der Franzosen bestehe eine weite Kluft ...

Der erste Konferenztag.

Paris, 8. August. (Havas.) Ministerpräsident Briand als Vorkühner appellierte an die Einigkeit aller, um die ersten und schwierigsten Probleme zu lösen ...

lung für Oberschlesien zu erledigen. Ministerpräsident Bonomi wies auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse und auf ihren Einfluss auf den Weltfrieden hin ...

Paris, 8. August. (Havas.) Fromageot hob am Schluss seiner Ausführungen hervor, daß von den vorgebrachten Lösungen zwei festgehalten werden, die von Frankreich und die von England ...

Nach ihm kennzeichnete Sir Cecil Hurst, der juristische Beirat des Foreign Office, das Ergebnis der Volksabstimmung wie folgt: 678 Kommunen hätten sich für Polen ausgesprochen ...

Ministerialdirektor Parache setzte alsdann die französische These auseinander, nach der den beiden Parteien die Kommunen nach dem Ergebnis der Abstimmung zugewiesen werden sollen ...

Der italienische Delegierte Torres Franca erklärte, die englische Linie, die nicht vollkommen sei, nähere sich mehr dem Ergebnis der Volksabstimmung, als die von den französischen Vertretern vorgeschlagene Grenzlinie ...

Paris, 8. August. Der Oberste Rat ist um 3 Uhr nachmittags im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Briand bewillkommnete die Delegierten und gab in ihrem Namen seiner Befriedigung Ausdruck über die Rückkehr des Vertreters der Vereinigten Staaten ...

Der amtliche Bericht.

Paris, 8. August. Der Oberste Rat ist um 3 Uhr nachmittags im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten. Briand bewillkommnete die Delegierten und gab in ihrem Namen seiner Befriedigung Ausdruck über die Rückkehr des Vertreters der Vereinigten Staaten ...

Anschlußpolitik.

Aus österreichischen Parteikreisen wird uns geschrieben:

Der Anschlußgedanke beherrscht die Politik, die Parteien und alle Gesellschaftskreise bis tief in die breitesten Volksmassen hinein. Er hat in den letzten Monaten sichtlich Fortschritte gemacht und ist, wenn auch manche Unschlichkeiten passieren, die seiner Popularität wenig förderlich waren, zweifelsohne Allgemeinut des deutschösterreichischen Volkes geworden ...

Nicht viel anders liegt die Sache mit einer anderen Tagung auf österreichischem Boden, die der Verein für das Deutschtum im Ausland zusammen mit dem Allgemeinen deutschen Schutzverein in Wien abhielt ...

Der österreichische Verein hat noch kurz, ehe man sich vereinigte, einen Antrag, seine Juden aufzunehmen, seinen Ortsgruppen zur Berücksichtigung empfohlen. Ganz bedingungslos annehmen wollte man den Antrag doch nicht, eben im Hinblick auf den reichsdeutschen Verein für das Deutschtum im Ausland ...



Dieses ostdeutsche Säbelgerassel gibt den Grundton der Salzburger Tagung, die dem Anschlußgedanken und der Sache des Deutschtums zweifellos mehr geschadet als genützt hat.

Wenn die Herren aus dem Reiche glauben, in breiten Schichten des Volkes mit solchen Dingen in Oesterreich Eindruck zu machen, so täuschen sie sich. Im übrigen werden dem deutschen Herrn Reichswehrminister wohl die Ohren geklungen haben, als der Landesverbands-Wanderröhrer von Bayern, ein Herr Hlawna, dem staunenden, klaffenden und beifalltrampelnden Publikum in Salzburg erklärte, wie er in Bayern bei der Reichswehr Ortsgruppen gründete. Dort sei der Eintritt in den Verein für das Deutschtum im Ausland militärisch befohlen, seine Versammlungen würden im Tagesbefehl angeordnet, die Leute würden von ihren Unteroffizieren geschlossen in die Versammlungen geführt, dann halte er seine begeisterte Rede: „Die Betreffenden erheben die Hand zum Schwur, die Unteroffiziere nehmen das Gelöbniß entgegen, die Reichswehrtruppe ist fertig!“ Und auch die grüne Polizei in Bayern, die Einwohnerwehr, das Ministerium des Innern, alle arbeiteten in ihren Tagesbefehlen und Verordnungen in dieser Weise vor und dergestalt gewinne man in Bayern Tausende von Leuten für die gute Sache.

Das sind Methoden, die klarer als alles Gerede zeigen, wohin die Reise geht. Man kann den Anschlußgedanken aber nicht mehr gefährden als durch derartige nationalistische Kündereien, die sich eines schönen Tages doch rächen werden.

**Nachschrift der Redaktion:** Wir haben dieser Zuschrift um so lieber Raum gewährt, als das nationalistische Treiben gewisser Grenz- und Auslandsdeutscherorganisationen allmählich anfängt, gemeingefährlich zu werden. Schon vor einigen Wochen sind uns aus Kärnten geradezu haarsträubende Dinge mitgeteilt worden, an denen unter anderem auch der in der Zuschrift erwähnte Deutsche Schuhbund mitbeteiligt ist. Daß diese Organisationen, in denen abgehaltene Offiziere und Admirale die Hauptrolle spielen, vor den blödsinnigsten politischen Extravaganzen nicht zurückschrecken, nimmt nicht wunder. Aber was sagt das Reichsministerium des Innern, was sagt das Auswärtige Amt dazu? In beiden Ämtern sitzen, wie wir wissen, Herren, die diesen Organisationen, besonders dem unreaktionären Verein für das Deutschtum im Ausland, den Rücken stärken. Uns liegen ferner Mitteilungen vor, nach denen diese Organisationen, die hier in Deutschland als über den Parteien stehend auftreten und jenseits der Grenzen unerschütterliche Schwarz-weiß-rot-Politik machen, bis in die letzte Zeit vom Reiche, von den Ländern und Gemeinden unterstützt worden sind. Wir halten das für ganz unmöglich, aber Aufklärung tut not. Wir richten an das Parlament das dringende Ersuchen, sich um diese Dinge und ihre Kontrolle zu kümmern, ehe es zu spät ist, und eine Citerbeule aufgeschoben wird, die, soweit wir sehen, jetzt erst im Entstehen begriffen ist.

### Unpolitische Justiz.

Wir veröffentlichen heute den Protest der Halleischen Richter gegen die Nachprüfung ihrer Zuchthausurteile. Diese reaktionär-politische Stellungnahme ist durchaus keine Seltenheit. Bei einiger Aufmerksamkeit kann man täglich die hahnbüchischen politischen Eskapaden deutscher Richter feststellen, die sämtlich unter der Firma: „Im Namen des Volkes“ laufen.

In Spä ist jetzt der sogenannte Johannsbürger Prozeß zu Ende gegangen. Angehörige der Johannsbürger Bevölkerung waren angeklagt, weil sie s. Zt. während des Uebertrittes bolschewistischer Formationen über die ostpreussische Grenze eine in Johannsburg eintreffende Entente-Kommission belästigt hatten. Den Herren der Kommission waren die Vorgänge in Oberschlesien vorgehalten worden, sie wurden erjucht, bis zu einer bestimmten Stunde die Stadt zu verlassen. Der Vertreter der Anklage ging bei der ersten Verhandlung davon aus, daß die Vorgänge sich nicht aus patriotischem Empfinden heraus entwickelt hätten. Es seien

kommunistische Arbeiter gewesen, die sich darüber erregt hätten, daß die bolschewistischen Brüder draußen im Schmutz liegen mußten, während Ententeoffiziere im weichen Bett lagen! Es wurde festgestellt, daß diese politischen Behauptungen des öffentlichen Anklägers aus der Luft gegriffen waren. Die Angeklagten wurden überdies von einem Rechtsanwalt verteidigt, der es für notwendig hielt, einen Vergleich mit den Leipziger Prozessen zu ziehen. Sie wurden freigesprochen.

Die „Freiheit“ veröffentlicht aus dem Schriftsatz eines Urteiles, das das Landgericht I zu Berlin gefällt hat, Auszüge. Es handelt sich um einen Rechtsstreit zwischen einem Herausgeber kommunistischer Broschüren und seinem Druckereibesitzer. Das Urteil besagt dazu:

„Aus den Aufträgen über die Drucklegung der beiden der bolschewistischen Propaganda dienenden Broschüren können beide Teile vertragliche Ansprüche nicht herleiten. Die hierüber geschlossenen Verträge verstoßen gegen das Staatsinteresse und hiermit gegen die gute Sitte und sind nichtig. . . Es ist mehr als nat. von den Parteien, für Verträge, welche indirekt die Zerstörung des Staates fördern sollen, die Rechtschutzmittel eben dieses Staates in Anspruch zu nehmen. Sie müssen im Interesse des bedrohten Staates verjagt werden.“

Des weiteren führt die schriftliche Begründung aus, daß der Beklagte Vermögensvorteile gewonnen habe, da durch die ihm gelieferten Broschüren für ihn ein Gewinn entstanden sei. Dieser ergebe sich daraus, daß „die Lehren des Bolschewismus auch in Deutschland noch willige Gläubige finden und seine Propaganda-Broschüren gekauft werden“.

Und, Halle und Berlin, das ist die flüchtige Auswahl zweier Tage aus der Tätigkeit deutscher Richter. Jeder Bericht wird mit uns einer Meinung darin sein, daß das Mißtrauen der großen Mehrheit des Volkes gegen die heutige „unpolitische“ Rechtsprechung eher zu bescheiden als zu weitgehend ist.

### Reichsprügelwehr!

Die „Ill.“ meldet aus Münster einen blutigen Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten. Er sei in einer Wirtschaft erfolgt. Mehrere der Zivilisten wurden durch Seitengewehrschläge verletzt. Als städtische Polizeibeamte eingriffen, wandten sich die Reichswehrsoldaten auch gegen diese. Ein Polizeibeamter machte von seiner Schutzwaffe Gebrauch und verletzte einen Reichswehrsoldaten schwer.

Es ist unerhört, daß schon wieder blutige Konflikte zwischen der Reichswehr und der Polizei möglich geworden sind. Die Säuberung der Reichswehr von allen unzuverlässigen und sonstigen standalkustigen Elementen müßte doch möglich sein. Aber die Pflege des Kraftmeier- und Maulheldentums, wie sie gerade in der Reichswehr an verschiedenen Stellen noch gefördert wird, muß ja stets erneut zu blutigen Exzessen führen.

### Zahlabend der Edelleute.

Tieferschüttelt lesen wir in der „Kreuz-Zeitung“, daß „der durchlauchtigste Herrenmeister des Johanniterordens, seine Königliche Hoheit Prinz Citel Friedrich von Preußen“ zehn Duzend Ehrenrittern des Johanniterordens den Ritterschlag und die Investitur erteilt hat, und daß er zwanzig Duzend Edelleute „auf ihr Ansuchen nach Prüfung durch das Ordenskapitel als Ehrenritter des Johanniterordens angenommen hat“.

Unter den neuen Mitgliedern des Johanniterordens finden wir eine Menge gute, alte Bekannte, so den Generalkonstanten v. Watter, den General zu Jena und eine ganze Anzahl andere oblige Herren der Reichswehr, des Auswärtigen Amtes und anderer öffentlicher Behörden. Die Schutzpolizei ist ebenso vertreten wie die Geschäftsfirma Ehrhardt, der Nationalverband deutscher Offiziere und der sehr bekannte Major v. Babst. Selbstverständlich legt man auch auf gute Bankverbindungen Wert; sie reichen bis weit in das Ausland. Bankier Gruller haben wir in der Liste aber nicht gefunden.

Angeblieh ist die Johanniter-Organisation eine protestantische mildtätige Stiftung. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Adelsklub, der außerordentlich hohen Wert auf Brimborium legt. Die Theaterschneider werden deswegen nach der diesjährigen Fülle

von Aufnahmen reichlich zu tun haben. Haben doch die Johanniter ihre eigene Ordenskleidung. Sie besteht nach einer „allerhöchsten“ Kabinettsorder aus einem scharlachroten Waffenrock mit zwei Reihen Johanniterknöpfen, vorn mit weißem Passepoil, oben aufgeschlagen. Krage, Ärmelausschläge, Rabatten und Taschenbesatz weiß mit goldener Stickerei. Die Beinkleider sind weiß; hohe Stulpenhiesel mit goldenen Anschlagsporen. Schwarzer Filzhut mit goldener Schnur, weißer und schwarzer Straußenfeder und schwarzer Schleife mit weißem Johanniterkreuz; goldener Schwerhut. Daneben gibt es noch sogenannte kleine Uniformen und besondere Uniformen für die höheren Ordensritter. Wir empfehlen den Herren Johanniterkittlern, bei dem Tragen ihrer Kostüme vorsichtig zu sein. Einmal könnte es ihnen sonst passieren, daß sie für die nächste Filmaufnahme weggefangen werden, es könnten sich aber auch vernünftige Leute finden, die meinen, daß die christliche Mildtätigkeit sich nicht in Theaterpielerei, sondern darin ausdrückt, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut.

### Frauen als Geschworene.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte ist seitens der Regierung dem Reichstage vorgelegt worden, obwohl der Reichsrat den Entwurf abgelehnt hatte. Nach der Regierungsvorlage können Frauen zu Schöffen und Geschworenen gewählt werden, doch wird ihnen das Recht gegeben, diese Berufung abzulehnen. Die Regierung will mit dem Entwurf ein gegebenes Versprechen einlösen.

### Senatsdiktatur in Danzig.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Die politische Entwicklung des kleinen Danziger Freistaats hat in den letzten Wochen eine Richtung eingeschlagen, die den Eindruck erwecken muß, als beabsichtige die hiesige Regierung, das Vorbild von Kahr-Bayern noch zu übertrumpfen. Dabei haben die jüngsten Vorgänge, die in der Durchführung eines vierundzwanzigstündigen Demonstrationsgeneralstreiks durch die freien Gewerkschaften und alle drei sozialistischen Parteien und in der Verhaftung zweier Abgeordneten aus dem Volkstage heraus gipfelten, durch Wolffs Bureau und andere Nachrichtenagenturen und durch die gesamte bürgerliche Presse eine derart wahrheitswidrige Darstellung erfahren, daß eine zuverlässige Schilderung der aufs äußerste zugespitzten politischen Krise im Freistaat Danzig wünschenswert erscheint.

Die Wahlen zur „Verfassungsgebenden Versammlung“ am 16. Mai 1920 hatten unter dem Eindruck der Vostrennung Danzigs vom Deutschen Reiche eine stark rechts gerichtete nationalistische Mehrheit ergeben. Der Bürgerblock hat es Anfang Dezember, nachdem die neue Verfassung verabschiedet war, durchgesetzt, daß die Verfassungsgebende Versammlung ohne Neuwahlen zum Volkstag erklärt und die Bildung des Senats, also der Regierung, nach dem Stärkeverhältnis der deutschen bürgerlichen Parteien vorgenommen wurde. Im Danziger Volkstag, der 120 Abgeordnete umfaßt, besteht die Opposition aus 40 Vertretern der drei sozialistischen Parteien (darunter 19 Sozialdemokraten) und 7 Polen. Der Bürgerblock besteht aus Deutschnationalen, die andere Hälfte aus Zentrum und „Deutscher Partei für Fortschritt und Wirtschaft“, die man etwa dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei vergleichen kann. Eine bürgerlich demokratische Partei gibt es in Danzig überhaupt nicht.

Bei dieser Zusammensetzung von Volkstag und Senat ist es selbstverständlich, daß von einer sozialen Gesetzgebung überhaupt keine Rede sein konnte, und daß die Danziger Wirtschaft und Finanzpolitik mit einer Einseitigkeit von unerhörter Rücksichtslosigkeit ausschließlich den kapitalistischen Interessen dienstbar gemacht wird. Aus der Verwaltung wurde sorgfältig jedes fortschrittliche Element, beispielsweise der noch aus der Revolutionszeit her im Amte befindliche sozialdemokratische Polizeipräsident Frängel, entfernt und in „Schupo“ und Einwohnerwehr eine Senatsgarde geschaffen, deren Dienstauffassung viel Ballistiker Geist verrät. Die Steuerfestschreibung vermißt natürlich eine dem deutschen Reichsnotopfer analoge Vermögensabgabe und belastete um so stärker die werttätige Bevölkerung. Die Ernäh-

### Die Geißel der Kulturvölker.

Die im Gefolge des Krieges aufgetretene allgemeine Schädigung der Volksgesundheit hat auch die Erkrankungen und die Todesfälle an Tuberkulose aufs neue außerordentlich stark hinausschnellen lassen. Das gilt nicht allein für die durch die Blockade besonders geschädigten Länder der Mittelmächte, sondern auch für die der Entente angehörenden Nationen. Ein großer Teil der vor dem Kriege im Kampf gegen die Tuberkulose erzielten Erfolge ist wieder verloren gegangen, und Mediziner wie Hygieniker müssen heute vielfach in diesem Kampf wieder von vorn beginnen.

Von besonderer Bedeutung sind die Verhandlungen auf dem zurzeit in London stattfindenden Internationalen Tuberkulose-Kongress. Der bekannte Forscher, Professor A. Calmette vom Institut Pasteur in Paris, hat hier dieser Tage einen Vortrag über die bedeutsame Frage gehalten, inwieweit eine Verbreitung der Tuberkulose durch anscheinend gesunde Bazillensträger erfolgt. Der Redner ging von der Impfung mit Tuberkulin aus, die man anwendet, um eine, wenn auch latente (verborgene), tuberkulöse Infektion im menschlichen Körper festzustellen. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, den Prozentfuß von bazillensfreien und infizierten Individuen in irgendeiner Familie, einer Stadt oder einem Dorf, einer größeren oder kleineren sozialen Schicht zu bestimmen. Die Statistik der Tuberkulin-Impfungen weist nach, daß in großen Städten wie Paris, Wien oder Prag 20 Proz. der Kinder bereits im Alter von 2 Jahren angegriffen sind, 55 Proz. mit 5 Jahren, im Alter über 15 Jahre 90 Proz., und daß von allen Erwachsenen 97 Proz. positiv auf die Impfung reagieren. Man kann daher als feststehend annehmen, daß in den großen, überbevölkerten Zentren Europas, und das namentlich gilt von den Vereinigten Staaten, niemand einer tuberkulösen Infektion entgeht, mag auch die Aussicht, an Tuberkulose zu sterben, nicht viel größer sein als 1:8.

Rund ist es eine anerkannte Tatsache, daß Menschen, die aus irgendeinem Grunde vom allgemeinen Weltverkehr abgeschnitten worden, sich als ganz besonders empfänglich erwiesen. Die Verbreitung der menschlichen Tuberkulose vollzieht sich aber durch Bakterien, und die Uebertragung dieser Bakterien geschieht in der Regel durch an Lungenschwindsucht leidende Personen. Neuere Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß als Krankheitsüberbringer solche Personen nicht allein in Betracht kommen. Es gibt eine große Anzahl anscheinend gesunder Individuen, die dennoch von einer allerdings nur durch Tuberkulinimpfung festgestellten Infektion ergriffen werden, die bisweilen Bazillen ausscheiden und so ihre Umgebung anstecken können. Wenn sich daher Tuberkulose da zeigte, wo bisher kein Fall bekannt geworden war, so geht daraus hervor, daß die Krankheit sich durch einen sogenannten „Bazillen-

träger“ verbreitet hat, der dem Anschein nach ganz gesund war. Es ist danach zu verstehen, daß die Krankheit durch Reisende, Seefahrer und Handelsleute allmählich auch nach denjenigen Teilen der Welt vordrang, die in ihrer Isolierung den wirksamsten Schutz gegen die Ansteking besaßen, und die auch keine der Tuberkulose unterworfenen Tiere beherbergten. So war es z. B. mit den malaischen und polynesischen Inseln, sowie mit Grönland und Lappland. In solchen noch nicht lange von der Tuberkulose ergriffenen Ländern sind aber die schweren und rasch verlaufenden Fälle die Regel, eine Erscheinung, die man in unseren Gegenden bei kleinen Kindern beobachtet.

Die neugewonnene Erkenntnis macht nun freilich den Kampf gegen die Tuberkulose schwieriger, als wenn er sich vor allem darauf einzurichten hätte, die Lebensweise und die nötige Absperrung der offensichtlich Erkrankten zu regeln. Die sich daraus ergebende Aufgabe besteht darin, das System des Nachweises der Krankheit aufs genaueste auszubilden. Es ist klar, daß wir nicht daran denken können, verdächtige Personen davon abhalten zu wollen, gewisse Berufe zu ergreifen, und daß wir sie nicht hindern wollen, zu reisen oder in Gemeinschaft mit Gesunden zu leben. Aber wir müssen sie durch Beobachtung und Belehrung möglichst unschädlich machen. Danach müssen alle Organisationen, die sich den Kampf gegen diese Geißel der Menschheit zum Ziel gesetzt haben, und die Gesundheitsbehörden aller Länder streben.

Johani Iho, der auch in Deutschland bekannte finnische Novellist, ist gestern in Helsingfors gestorben. Sein eigentlicher Name war Johann Brofeldt. Er wurde 1861 geboren, studierte in Helsingfors und war dann einige Zeit journalistisch tätig. Seine ersten Novellen erschienen 1883. Sie zeigen bereits das Gepräge jener Eigenart, die ihren Verfasser bald populär machte: den breiten, etwas drastischen und oft ironischen Humor, die liebevolle Vertiefung in das Volksleben und eine außerordentliche Mischung von naturalistischer Darstellung und stimmungsvoller Poesie. Ihos Patriotismus wandte sich gegen die Russifizierungstendenzen der Jarenregierung, seine Prosa hat der finnischen Literatursprache neue Wege gezeigt. Viele seiner Arbeiten sind ins Deutsche übersetzt worden, unter anderem die meisterhafte Novelle „Geächet“, die in Reclams Universalbibliothek erschien.

Neues Theater am Zoo. Wie die Direktion mittelst, soll die Eröffnung gegen Ende August erfolgen. Das Theater befindet sich im Landwehrpark, dicht am Bahnhof Zoo. Es wird das moderne Lustspiel, die Komödie und das Schauspiel pflegen. Klaffler werden soweit aufgeführt, als die Größe der Bühne und der Charakter des Hauses es gestattet.

Oberregisseur Hans Fischer wird zusammen mit Direktor Gustav Charité die Regie führen. Auch Dr. Frig Jehner ist als Spielleiter verpflichtet. Von Künstlern sind engagiert: die Damen Reia Binger, Rita Burg, Alta Grünig, Ida Roland und die Herren Alfred Abel, Hanns Fischer, Otto Treßler vom Burgtheater in Wien und Otto Wallburg.

Schützt die Nahrungsmittel vor der Hitze! Die Hitze trägt oft zur raschen Verderbnis unserer Nahrungsmittel bei. Unterschiede von nur wenigen Temperaturgraden können hier von wesentlichem Einfluß sein; hängt doch die Entwicklung der Fäulnisbakterien wesentlich von der Temperatur ab. Niedrigere Temperatur wirkt entwicklungshemmend, ein Ansteigen bewirkt rasche Vermehrung. Während in dem einen Zimmer Nahrungsmittel noch gut bleiben, verderben sie — insbesondere Fische und auch Pilze sowie Fleisch — in einem anderen, dessen Temperatur nur um einige Grade höher ist, innerhalb sehr kurzer Zeit, oft in nur ein bis zwei Stunden. Es bilden sich dann jene schweren, zur Klasse der Alkaloide gehörenden Gifte, die man als „Biomaine“ bezeichnet. Da sie vollkommen geruchlos und geschmacklos sind, so kann ihre Anwesenheit durch feine unserer Sinnesorgane festgestellt werden. Darum auch ihre große Gefahr. Die Nahrungsmittel sehen noch vollkommen gut und unverdorben aus und enthalten doch bereits das durch eine geringe Erhöhung der Temperatur entstandene Gift.

Um sich zu schützen, kann man das Abkühlen und sonstige Verfahren zur Verhütung des Verderbens nicht entbehren. Die Kühle der Aufbewahrungsräume wirkt hier nur als fröhliche Unterstützung der übrigen uns zu Gebote stehenden Hilfsmittel. Man vernachlässige auch in der kühleren Wohnung deshalb keine der sonst üblichen Vorsichtsmaßregeln. A. B. J. R.

Zu Otto Lilienthals Gedächtnis. Am 9. August 1896 verunglückte der Ingenieur Otto Lilienthal bei seinen Fliegerversuchen in den Rhinower Bergen im Westhavelland dadurch, daß er mit dem Flugzeuge aus beträchtlicher Höhe abstürzte.

Mit ihm ging einer der Wegebahner der heutigen Fliegerkunst dahin. Noch war sein Flugzeug nicht das, wozu es die Erfinderkunst in den 25 Jahren seit jenem Todessturz gemacht hat; aber Lilienthal hat doch die Grundgedanken erkannt, nach denen man die Luft mit den „Flügeln“ meistern kann. Einfache Flügel waren seine Maschine, nur Tropflächen, die ihm den Heißflug von der Spitze eines Hügel ermöglichten. Diese Gleitflüge wiederholte er unermüdlich, und ständig kann er auf die Verbesserung der Flitte, stets den Zweck des wirklichen Fluges im Auge behaltend. Der erste Fortschritt, den er erreichte, war der, zwei Segelflächen übereinander zu verwenden: der Doppeldecker ist seinem Geiste entsprungen. Und weiter ist die Verbindung des Propellers mit den Segelflächen sein Gedanke gewesen. Er baute einen ganz leichten Kohlenäuremotor, durch den er Gruppen von „Schwungfedern“ an den Flügeln in auf- und niedergehende Bewegung setzte — es sollte dadurch der Vogelzug nachgeahmt werden.

Zum weiteren Ausbau der Erfindung kam der begabte und fähige Mann nicht. Seinen rastlosen Bemühungen setzte der Tod ein plötzliches Ziel. Aber seine Gedanken lebten und fanden Förderer, die sie schnell zu unachtnlichen Erfolgen führten. In Ehren sei heute des unerlöschlichen Vorläufers in der Schar der „Eroberer der Luft“ gedacht.

In der Arbeiter-Kunstanstaltung, Felsenburger Straße 10, hat! am Donnerstag, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, Ernst Hübner Dichtungen des Slavendichters Walter Lehmann.



rungspolitik zielt auf eine wucherische Bereicherung der Agrarier hin, und die Bereuerungen des Senats, für einen Ausgleich der Einkünfte der Bevölkerung sorgen zu wollen, erwiesen sich immer mehr als verlorene Phrasen. Als schließlich der Senat dazu überging, ohne Befragung des Volkstages die Brotpreise, die ohnehin bisher schon mehr als das Anderthalbfache der in Deutschland üblichen betragen, auf das Doppelte zu erhöhen, war die Geduld der Arbeiterschaft am Ende, und die scharfmacherischen und provokatorischen Kundgebungen der Regierung trugen das Ihrige dazu bei, um die Stimmung bis zum Siedegrade zu erhitzen.

Diese Entwicklung hat denn in Danzig eine Art proletarischer Einheitsfront zuwege gebracht. Zunächst wurde von den drei sozialistischen Parteien beim Senat die Genehmigung für eine Demonstration vor dem freien Himmel nachgesucht, die am 4. August, am gleichen Tage, an dem die Getreidewirtschaftung im Volkstag zur Debatte stand, veranstaltet werden sollte. Nachdem der Senat diese Demonstration verboten hatte, wurde für den gleichen Tag unter Beteiligung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ein vierundzwanzigstündiger Generalkrieg proklamiert. Für den Senat ist es bezeichnend, daß er in einem Aufruf an die Danziger Bevölkerung den Führern der verschiedenen Arbeiterorganisationen (also auch uns) den Vorwurf machte, mit polnischem Gelde zur Herbeiführung eines politischen Umsturzes befohlen zu sein.

Der Generalkrieg selbst ist in sehr erheblichem Umfang durchgeführt worden. Selbst die christlichen Arbeiter haben zu einem nicht geringen Teile mitgegangen, aber seltsamerweise ist gerade bei vorwiegend kommunistisch orientierten Gruppen, wie z. B. den Straßenbahnern, sonst die lautesten Rufer im Streite, die Streikdisziplin am wenigsten gewahrt worden. Danzig selbst gleicht in diesen Tagen einem Heerlager. Größere und kleinere Schupo- und Einwohnerwehrpatrouillen, die die Straßen durchziehen, Lastwagen mit Bewaffneten und fahrbare Feldküchen demonstrieren den Beobachtern recht eindringlich, für was für Zwecke ihre sauer verdienten Steuergroschen aufgewendet werden. Alle Maßnahmen deuten darauf hin, daß der Senat einen Konflikt provozieren wollte.

Diese Wahrnehmung hat sich denn auch in der Volkstagsitzung am 4. August bestätigt. Der sonst nur den Abgeordneten vorbehaltenen Erörterungsraum und Besessal des Volkstagsgebäudes war mit einer stark bewaffneten Schupo-Bewachung besetzt. Durch die Weigerung der sozialistischen Parteien, unter diesen Waffen zu sitzen, kam es zu einer hitzigen Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich hatten die heberischen Ausführungen eines deutschnationalen einen solchen Entrüstungsturm auf der Linken zur Folge, daß der Präsident die Sitzung vorübergehend schließen mußte. Die nun eingetretene Verhandlungspause benutzte der Senator des Innern, Schümmer, um einen Leutnant mit einigen Schupomannschaften in den Saal kommen und zwei kommunistische Abgeordnete verhaften und abführen zu lassen.

Gewiß muß die kommunistische Kadautaktik gerade unseren allerhöchsten Widerspruch erfahren. Das hindert uns aber nicht, den glatten Rechts- und Verfassungsbruch und die brutale Vergeßlichkeit der Freiheit des Parlaments durch den Danziger Senat aufs entschiedenste zu verurteilen. Juristische Sachverständige aus den verschiedensten, auch bürgerlichen, Lagern haben die Unhaltbarkeit des Schümmerischen Vorgehens unumwunden zugesehen. Der vom Senat angezogene § 105 des Strafgesetzbuches kann nimmermehr zur Rechtfertigung seiner Maßnahme dienen, da diese Bestimmung sich nur auf außenstehende Störer von Parlamentsverhandlungen, aber unmöglich auf Abgeordnete beziehen kann, zumal da ein tatsächlicher Übergriff, wie er vom Senat vorgeschützt wird, von den beiden Kommunisten gar nicht begangen worden ist. Wohl aber ist nunmehr eine rechtliche Handhabe gegeben, um den Senator Schümmer vor einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu zitieren und wegen seines Übergriffs gegen die Freiheit des Parlaments in den Anklagezustand mit dem Ziele einer Justizhausstrafe zu versetzen. Der (deutschnationale) Volkstagspräsident, auf dessen angelegliche Ermächtigung zu der Verhaftung sich der Senat beruft, hat die Tragikomie seiner Stellung erkannt und sein Amt niedergelegt.

Der Danziger Senat hat sich durch sein diktatorisches Vorgehen in eine Sackgasse verrennt, aus der es für ihn nur zwei gleich gefährliche Auswege gab. Welcher gewählt werden würde, mußte sich bei der Beratung des Dringlichkeitsantrages unserer Fraktion auf Haftentlassung der beiden kommunistischen Abgeordneten am 6. August entscheiden. Die Annahme dieses Antrages mußte naturgemäß den Rücktritt des gesamten Senats und die strafrechtliche Verfolgung des Senators Schümmer nach sich ziehen. Aber dieser Antrag ist im Volkstag abgelehnt worden. Verfassungsbruch und Senatsdiktatur sind dadurch nachträglich sanktioniert worden. Für die sozialistische Partei ergibt sich daraus die Notwendigkeit der schärfsten Opposition mit allen nur irgend zulässigen parlamentarischen Mitteln, mit dem Endziel von Neuwahlen zum Volkstag und Beseitigung dieses Senats. Die ursprünglich rein wirtschaftliche Bewegung ist damit zu einer politischen Krise von einstweilen noch unabsehbarer Tragweite verschärft worden. Aber die Sozialdemokratie wird ihre äußersten Kräfte einsetzen, um die endlich errungene politische Demokratie nicht zu einer Farce herabwürdigen zu lassen!

## Nordamerikas Haltung.

Washington, 9. August. (CP.) Die amerikanische Regierung hat ihren Vertreter im Obersten Rat angewiesen, mit allen Kräften eine Lösung zu suchen, die alle Teile befriedigen würde. Doch würde die amerikanische Regierung es mißbilligen, wenn Harney die Rolle als Schlichter zwischen England und Frankreich spielte.

## Polen droht niemals.

Warschau, 8. August. (BZ.) Die polnische Regierung veröffentlicht eine Note, die sie gestern dem Obersten Rat in Paris überreichen ließ. Darin wird erklärt, die polnische Regierung habe die Beilegung des letzten oberösterreichischen Aufstandes durch die Alliierten durch ihre moralische Unterstützung gefördert. Sie könne den Alliierten aber nur dann eine gleiche moralische Unterstützung bei der Durchführung der Entscheidung leisten, wenn diese Entscheidung definitiv und den gerechten Ansprüchen Polens entsprechend sei. Andernfalls werde das oberösterreichische Volk nicht zur Ruhe verhalten werden können.

## Der Papst für Rußland.

Rom, 8. August. (WB.) Der Papst richtete an den Kardinal-Staatssekretär ein Schreiben, in dem er alle Christen und zivilisierten Völker auffordert, edelmütig der hungernen russischen Bevölkerung zu helfen.

Washington, 9. August. (CP.) Samstag ist in Washington ein Telegramm von Kamenew eingegangen. Danach sollen die Amerikaner, die in Rußland gefangen waren, die russische Grenze am Montag überschreiten. Ihre Freilassung ist von Amerika als Bedingung für die Hilfsaktion gefordert worden.)

# Groß-Berlin

## Erntefest.

Noch hat die Laubkolonie den festlichen bunten Schmuck nicht angelegt, denn man ist bemüht, mit dem Wettergott ein Abkommen zu treffen. Da es scheinbar nicht gelingen will, reißt auch unserem „Grundbesitzer“ die Geduld und er fängt an seine Acker auszusäen. Basta! Ob es regnet oder nicht! Die Schenke wird aufgebaut, das Glücksrad tritt bald in Tätigkeit und immer wieder „Auf ein Neues“ ruffelt es fort. Wer Unglück in der Liebe hat, gewinnt hier eine Tafel Schokolade. Nachmittags startet zeitig über dem Gärtchenzauber: schwarz-rot-gold. Der Festplatz füllt sich langsam. Frauen, Männer und Kinder haben Erntetracht angelegt. Die Musik setzt ein. Erst schlüchtern, dann immer freier finden sich die Paare. Der Erntezug soll jetzt stattfinden. Das Orchester wird nur noch erwartet, denn es ist beauftragt, den Amtmann nebst Frau abzuholen. Einmal vollendet sich alles Warten. Die beiden Großbauern (beinahe wie echt) führen den wichtigen Zug. Herr und Frau Amtmann grüßen gravitatisch nach allen Seiten. Die Erntekönigin im dunkigen Kleid ist begleitet von sechs konkurrierenden Erntejüngfern. Das ganze stellt sich auf, der Wachtmeister sorgt für Ordnung und der Zug setzt sich in Bewegung. „In Rixdorf ist Musik, Musik, Musik. . . .“ Und dann noch ein unvergeßliches Bild. Vater Hübler mit einer gepumpten Frau erscheint als wirklich echter nachgemachter Bauer. Den Rucksack auf dem Buckel (hinaus guckt das Ruckelgläschen), mit der einen Hand schiebt er den Kinderwagen, worin seine beiden „Feldracker“ Platz gefunden haben und an der anderen Hand führt er einen Ziegenbock. Seine teure Hälfte gibt ihm nichts nach.

Der Erntezug ist wieder auf dem Festplatz gelandet. Der Vorführende redet Prosa, die Erntekönigin Originalprosa aus den „Gezeiten für alle Gelegenheiten“ (siehe Ernteproglog). Dann weist der Amtmann pflichtschuldigst darauf hin, daß man nicht mit Bierflaschen und Stuhlbeinen seinen Jörn austragen solle, höchstens — mit den Häufen, worauf das Fest programmäßig seinen Anfang nimmt, bis unprogrammäßig der Regen einsetzt.

## Neue Fernsprechämter.

### Keine Bevorzugung bei neuen Anschlußzuteilungen.

Außer der Eröffnung des neuen Amtes Dönhoff im Herbst steht, wie das Reichspostministerium mitteilt, die Errichtung eines weiteren neuen Amtes in dem Gebäude des Amtes Zentrum im Frühjahr 1922 bevor. In kurzem wird ferner mit der Erweiterung der Vermittlungsämter Rollendorf, Alexander, Königstadt, Hansa, Humboldt und Stephan sowie mehrerer kleinerer Ämter in den Außenbezirken vorgegangen werden. In Vorbereitung ist außerdem die Einrichtung neuer Ämter in Berlin (Schleiermacherstraße), Westend (Soorstraße), Wilmersdorf (Emser Straße), Friedenau, Pantow und Spandau, für die neue Häuser gebaut werden. Ungünstig liegen die Verhältnisse gegenwärtig nur noch bei den Ämtern 5 (Zentrum), 6 (Rurfürst, Bülow, Rollendorf) und 7 (Alexander, Königstadt), deren Anschlußbereiche die Hauptgeschäftsgegenstände umfassen. Bis zur endgültigen Beseitigung der Schwierigkeiten lassen sich bei diesen drei Ämtern längere Wartezeiten für die Bewerber um Neuanträge leider nicht vermeiden.

Um jede unersichtliche Bevorzugung in der Zuteilung von Fernsprechanträgen zu verhindern, hat die Telegraphenverwaltung Maßnahmen ergreifen müssen, die insbesondere dem minderbemittelten und geduldig wartenden Anschlußbewerber zu seinem Rechte verhelfen sollen. So werden grundsätzlich Anträge auf Herstellung von Neuanträgen nur in der Reihenfolge ihres Eingangs erledigt. Uebertragungs- und Verlegungsanträge werden stets daraufhin geprüft, ob ihre Ausführung nicht andere Anschlußbewerber benachteiligt. Wegen der bei den Ämtern 5, 6 und 7 noch herrschenden Anstauung werden Anträge auf Vernehmung der bei einem Teilnehmer in denselben Räumen bereits vorhandenen Anschlüsse vor der Hand so lange zurückgestellt, bis diejenigen, die überhaupt noch keine Sprechgabeln besitzen, angeschloffen worden sind. Alle diese Beschränkungen werden wieder fallen, sobald es irgend durchführbar ist. Jedenfalls ist vom Frühjahr 1922 ab mit einer wesentlichen Besserung der Fernsprecherhältnisse in Berlin zu rechnen.

## Wucher mit Kohle.

### Abfallkohle mit 80 Proz. Schiebergewinn.

Schiebungen mit Abfallkohle, bei denen er einige hunderttausend Mark verdient halte, führten den Kaufmann Alfred Müller aus Charlottenburg vor das Wuchergesicht des Landgerichts II. Mitangeklagt waren der Kaufmann Julius Neustadt, der Kaufmann Gustav Kitzel und der Kaufmann Hermann Prende. Neustadt war wegen Krankheit nicht erschienen.

Der Angeklagte, der wegen dieser Vorkommnisse entlassen worden war, war früher bei der Kohlenfirma Schilling als Geschäftsführer tätig gewesen. Bei der Steinkohlenaufbereitung ebenso wie bei der Bräufabrikation entstehen große Mengen minderwertiger Abfallkohlen, Bohnbergkohlen und Klärteichkohlen, die in Friedenszeiten überhaupt nicht verwendet, sondern auf Halben gebracht wurden. Infolge der Kohlenknappheit machte man mit diesen in vielen Millionen von Tonnen vorhandenen Abfallkohlen Versuche und fand, daß diese, in Verbindung mit anderer guter Kohle noch sehr gut brannten und deshalb ein brauchbares Streckmittel darstellten. Der Angeklagte Müller bezog nun ohne Erlaubnis der Kohlenstelle diese Abfallkohlen in Posten von je 30 000 Tonnen, und zwar zahlte er 27 bis 30 M. pro Tonne, d. h. 20 Zentner. Unter Mitwirkung der Mitangeklagten verkaufte er diese Kohlen mit 62 bis 90 M. pro Tonne, d. h. mit etwa 80 Proz. Verdienst.

Staatsanwaltschaftsrat Geny hielt die Angeklagten des Wuchers und des Kettenhandels für überführt und beantragte gegen Müller 20 000 M. Geldstrafe und Einziehung von 100 000 M., gegen die übrigen Geldstrafen bis zu 500 M. Das Gericht erkannte gegen Müller auf zwei Wochen Gefängnis, 10 000 M. Geldstrafe und Beschlagnahme von 100 000 M. Uebergewinn, gegen die übrigen auf Geldstrafen bis zu 500 M. Gegen Neustadt wurde das Verfahren abgetrennt. — Gegen die Lieferanten der Kohlen schwebt ein besonderes Verfahren.

## Gefährliche Gutskaufvermittler.

Einem geplanten Anschlag entgangen ist ein Berliner Chauffeur, der ein kleines Gut zu kaufen beabsichtigte. Auf seine Anzeige empfahl ihm ein Schlächter Pächter ein Landgut in Falkenwerder bei Landsberg. Nach schriftlicher Verständigung kam Pächter nach Berlin und ludte den Chauffeur zu veranlassen, das Kaufgeld gleich mitzunehmen. Dieser war jedoch vorsichtig genug, das nicht zu tun. Von Landsberg aus gingen die beiden Männer auf den Vorschlag Pächters durch den Wald nach Falkenwerder, statt die Kleinbahn zu benutzen. Im Ziel erfuhr man dann, daß das Landgut, das einer Tante Pächters gehört, nicht zu verkaufen war. Dem Chauffeur kam die Sache so verdächtig vor, daß er die Kriminalpolizei aufmerksam machte. Man rechnete damit, daß Pächter der Mörder sein könnte, der den Landwirt Gräbke bei Jossen mit einem

Gutskauf in den Wald lockte und erschoss und beraubte. Diese Annahme erwies sich bei der Verhaftung Pächters als irrig. Der Verhaftete bestritt auch die Absicht, den Chauffeur zu ermorden; gibt aber zu, daß er geplant habe, ihn bei der Besichtigung eines angeblich zum Verkauf stehenden Gutes betrunken zu machen und auszulündern. Pächter wurde von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Das Fräulein, das nicht „nachbleiben“ wollte.

Eine jugendliche gewerbliche Arbeiterin im Alter von sieben Jahren — im bürgerlichen Sinn also eine unge Dame — bekam vom Polizeirevier Berlin N. 24, Ronbijouplatz, folgende Zuschrift: „Sie haben am 2. Juli heimlich die Klassenräume der städtischen Pflichtfortbildungsschule im Schulhaus Große Hamburger Straße 18/19 verlassen, obgleich von der Zeugin ausdrücklich bestimmt war, daß Sie wegen Ihrer Nachlässigkeit nach dem Unterricht zurückbleiben sollten. Es wird gegen Sie eine Geldstrafe von 10 Mark zuzüglich 1,30 Mark Postkosten festgesetzt.“ — Zeugin ist die Lehrerin Pabst, die an jener Schule am 2. und in dem Aufst. sehr gern dortige Strafen zu verhängen, die dann von der Polizei in dieser äußerlich recht kränkenden Form zum Einzug gebracht werden. Bekanntlich ist eins der wichtigsten pädagogischen Gebiete auch die Psychologie, aber die scheint die schwächste Seite der Lehrerin Pabst zu sein, denn sonst müßte sie wissen, daß man Mädchen, die bereits heiratsfähig sind, nicht mehr in einer geradezu kindlich anmutenden Weise „bestraft“. Das Ehrgefühl eines jungen Menschen ist bekanntlich sehr empfindlich und der Lehrer, der sich da nicht sehr vorsicht, kann manchmal ein ganzes Leben durch seine Tölpelhaftigkeit verpfuschen.

Von dem Arbeitgeber des jungen Mädchens wird uns zu diesem Fall erklärend mitgeteilt, daß am 2. Juli einige Mädchen nachbleiben mußten, weil ihnen die Mütter keine Wäsche und Schürzen mitgegeben hatten. Einige junge Mädchen, die sich zu Unrecht bestraft sahen, also auch das hier in Rede stehende junge Mädchen, verließen trotzdem pünktlich und mit gutem Gewissen die Schule. Wenn der Lehrerin Pabst auch formell das Recht zusteht, in besonderen Fällen Geldstrafen zu verhängen, so soll sie sich gefälligst diese besonderen Fälle vorbehalten und auch da noch recht sparsam mit den Geldstrafen, die ja doch die Eltern treffen, umgehen. Auf keinen Fall aber darf sie, wie in diesem Fall junge Menschen zur Strafe heranziehen, die sich gar nicht straffällig gemacht haben.

## Dranienburg und Birkenwerder.

Eine postalische Wertwürdigkeit besteht im Fernsprecherkehr zwischen Berlin und Birkenwerder bzw. Dranienburg. Beide Orte liegen an der Nordbahn, und zwar Birkenwerder um 10 Kilometer näher nach Berlin als Dranienburg. Die Post scheint aber umgekehrter Auffassung zu sein. Der Fernsprecherkehr nach Dranienburg ist nachbarschaftsverkehr mit Berlin. Von jedem Berliner Fernsprecheramt kann Dranienburg erreicht werden, ohne jede Schwierigkeit, ohne besondere Tage und ohne besondere Gebühr. Will man aber einen an das Teilnehmeramt von Birkenwerder angeschlossenene Telephoninhaber anrufen, so bedarf es, trotzdem dieser Ort noch 10 Kilometer näher nach Berlin zu liegt als Dranienburg, der Vermittlung des Fernamtes, das diese Gespräche genau wie alle anderen meist erst nach Stundenlangem Warten erledigt. Nun ist aber Birkenwerder mit der Vorortbahn in 40 Minuten Fahrzeit zu erreichen, man hat hier also den überraschenden Fall, daß man tatsächlich häufig eine Bestellung schneller ausrichtet, wenn man persönlich nach Birkenwerder fährt, als sich des Fernsprechers bedient. Während die Fernsprechteilnehmer in Frohnau an das Teilnehmeramt von Hermsdorf, also Berlin, angeschlossen sind und auch die Dranienburger Fernsprechinhaber direkten Verkehr mit Berlin haben, müssen die Bewohner von Hohenneuendorf bis Borgsdorf erst den Umweg über das Fernamt nehmen, um einen Berliner Teilnehmer zu erreichen. Ob dies sich nicht ändern läßt?

## Persönliche Haftung für Staatsüberschreitungen.

Der Berliner Magistrat hat sämtliche Verwaltungsbezirke darauf hingewiesen, daß er in Zukunft nach Lage des Einzelfalles leitende und sonstige in Betracht kommende städtische Beamte für eigenmächtig bewirkte Staatsüberschreitungen persönlich haftbar machen werde. Anlaß dazu gab unliebsame Gelderwirtschaft in westlichen Vorortgemeinden, während die östlichen sich streng nach dem Etat richteten. Vielfach sind allerdings die Etatsmittel so knapp bemessen, daß es an Beamten oder Hilfskräften zur Leistung notwendiger Arbeiten fehlt.

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger erlucht uns um Veröffentlichung nachstehender Mitteilung: Der Verein Berliner Vorortpresse, in dem, wie der Name belegt, die Vorortblätter vereinigt sind, hat seinen Namen laut Mitteilung des „Zeitungsverlegers“ vom 5. August d. J. umgewandelt in „Verein Berliner Zeitungsverleger e. V.“ Diese Namensänderung ist geeignet, Irrtümer her vorzuzurufen, denn die großen politischen in Berlin erscheinenden Tageszeitungen sind in der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger zusammengeschlossen. Der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger gehören unter anderen an: 8-Uhr-Abendblatt, Berliner Morgenpost, Berliner Abendpost, Berliner Volks-Anzeiger, Berliner Morgenpost, Berliner Allgemeine Zeitung, Berliner Morgenzeitung, Berliner Volkszeitung, Berliner Börsenkurier, Berliner Börsenzeitung, B. J. am Mittag, Deutsche Tageszeitung, Kreuzzeitung, Der Montag, Montagspost, Nationalzeitung, Neue Berliner (12-Uhr-Mittags-Zeitung), Neue Zeit, Der Tag, Tägliche Rundschau, Postische Zeitung, Vorwärts, Die Welt am Montag, also nahezu alle führenden politischen Blätter Berlins.

Revision der Kinossteuer? Unter dem Vorsitz des Generalsteuerdirektors Lange fanden gestern nachmittag im Stadthaus Besprechungen mit Vertretern des Berliner Lichtspielgewerbes über die Lustbarkeitssteuerfrage statt. Den Beratungen lagen die wiederholten Eingaben des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg (E. B.) betreffend Ermäßigung der Lustbarkeitssteuern für Kinos zugrunde. Generalsteuerdirektor Lange sagte Prüfung der Wünsche der Lichtspieltheaterbesitzer und Befürwortung der Anträge bei der Finanzdeputation zu, die in etwa 14 Tagen zusammentreten und eine Entscheidung treffen wird.

Mit 25 000 Mark durchgebrannt ist der 20 Jahre alte Banklehrer Günther Wild aus der Rembrandtstr. 9. Auf die Wiederherbeischaffung derselben, die der Flüchtige einem Bankbeamten unterschlagen hat, ist eine Befohlung von 10 Prozent ausgeföhrt.

Vereinigte Elternbeiräte der weltlichen Schulen Neuköllns. Unter diesem Titel ist eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Elternbeiräte der weltlichen Schulen, zwecks Regelung gemeinsamer Angelegenheiten, geschaffen worden. Alle drei sozialistischen Parteien sind paritätisch vereinigt zu einer geschlossenen Einheitsfront. Der leitende, engere Ausschuß besteht aus den Elternbeiräten Oscar Hütel, Jsestr. 24, Friß Schulz, Manliusstr. 20, Max Grabe, Hübnerstr. 37. Dem erweiterten Ausschuß gehören außerdem an, die Elternbeiräte Karl Bindus, Wesehrstr. 199, Adolf Roschel, Steinmühlstr. 29, Albert Regge, Thomasstr. 34, Wilhelm Schudor, Allee 2, Karl Dally, Emser Str. 16/17, Max Ismer, Herzbergstr. 4. Eltern aller Schulen, die Auskunft in Schulangelegenheiten, insbesondere über Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht, Einschulung, Einführung der Gemeinschaftsschule u. dergl. wünschen, wollen sich an eines der Ausschußmitglieder wenden.

## Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bismlich kühl, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig bei ziemlich lebhaften westlichen Winden. Keine oder uerchliche Niederschläge.



# Gewerkschaftsbewegung

## Aus der Bergarbeiterinternationale.

Zu Anfang des Monats August trat das Internationale Bergarbeiterkomitee unter Vorsitz von Smith-England in Haag zusammen. Auf der Konferenz waren vertreten: Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Holland. Der englische Bergarbeiterführer Hodges berichtete über den Lohnkampf der englischen Bergarbeiter.

In der Aussprache wurde betont, daß dieser Kampf ein Kampf für die Interessen der gesamten Bergarbeiterschaft gewesen sei und daß die Bergarbeiterinternationale in Zukunft bei ähnlich schweren Fällen aktiver werden müsse. Bedauert wurde, daß die Leitung der englischen Bergarbeiterorganisation in ihrem großen Kampf die Internationale nicht zur Mitarbeit herangezogen habe.

In der Aussprache über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern kam zum Ausdruck, daß sich

### der Bergbau überall in einer Krise

befinde, die verursacht werde durch den starken Rückgang des Verbrauches an den Erzeugnissen der Bergwerke. Die Förderung an Kohlen, Erzen und Kalkstein sei bedeutend geringer als vor dem Kriege; aber trotzdem arbeite man mit Feuerschiffen, lege man Betriebe still und nehme man Lohnverkürzungen vor.

Genosse Husemann, der Vorsitzende der deutschen Bergarbeiter, erklärte, daß die Beschäftigung im deutschen Steinkohlenbergbau noch verhältnismäßig gut sei, während der Braunkohlen- und Erzbergbau ebenso wie die Kalkindustrie unter starken Abschwüngen zu leiden habe. Mit Husemann betonten besonders die tschechischen und holländischen Delegierten die ungünstige Wirkung, die

### die Unsicherheit über das Schicksal Oberschlesiens

auf die Industrie ausübt. Die Vertreter der französischen, belgischen und englischen Bergarbeiter wiesen besonders auf die Internationalität des Kapitals hin, die in allen Ländern zum Ausdruck komme in den Versuchen, die Arbeiterschaft zu knechten und wirtschaftlich zu schädigen. Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Das Internationale Komitee der Bergarbeiter stellt die Einheitlichkeit der Unternehmerraktion in allen Ländern fest. Überall kommt sie durch Lohnherabsetzungen und gleichzeitige Anarisse gegen die Bergarbeiter zum Ausdruck. In dieser Gleichmäßigkeit erkennt das Komitee

### die Internationale Gemeinschaft der Unternehmer

in ihrem planmäßig vorbereiteten Kampf gegen die Bergarbeiter. Das Komitee ist der Ansicht, daß es notwendig ist, der internationalen Macht der Unternehmer eine tatkräftige Aktion der Bergarbeiter-Internationale gegenüberzustellen und diese Aktion systematisch vorzubereiten. Es erhebt Protest gegen die Tatsache, daß die deutsche Reparationsnote entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung dazu verwendet wurde, den Widerstand der englischen Bergarbeiter zu brechen.

Indem es gegen dies Verfahren Protest erhebt, stellt es fest, daß für die Rohmlegung von Handel und Industrie einzig und allein der internationale Kapitalismus des Unternehmertums verantwortlich ist. Das Internationale Komitee der Bergarbeiter mündet sich energisch gegen diese Tatsache und gegen die imperialistischen Absichten des Unternehmertums aller Länder.

Angesichts dessen, daß das gesamte Proletariat der Welt unter diesen anormalen Zuständen leidet, und in Gemäßheit der auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf angenommenen Resolution beschließt es, daß das Internationale Bergarbeitersekretariat im Einvernehmen mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in die Prüfung und Vorbereitung der praktischen Anwendung der Mittel und Wege einer Aktion eintreten soll, durch die die organisierte Arbeiterschaft gegebenenfalls den Unterdrückungs- und Ausbeutungsabsichten des kapitalistischen Unternehmertums begegnen

kann, um sobald wie möglich für die ganze Welt die Rückkehr zu einer normalen Wirtschaftslage und die Bewirkung der gewerkschaftlichen Ziele zu erreichen.

Beschlossen wurde weiter, den Internationalen Bergarbeiterkongress auf das nächste Jahr zu verschieben und dafür das Komitee des öfteren zusammenzuberufen. Seine nächste Sitzung soll spätestens im Oktober dieses Jahres stattfinden. Zum Allgemeinen Internationalen Gewerkschaftskongress, der im November in Paris stattfindet, wurden Hue-Deutschland, Hodges-England und Bartuel-Frankreich delegiert.

### Die Lohnbewegung der Gemeindefahrer.

Die SPD- und UEPD-Gemeindefahrer trafen am Montag gemeinschaftlich im Lokal „Königsbau“, um zur Frage der Lohnerhöhung Stellung zu nehmen. Zu dieser Versammlung waren auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eingeladen. Der Referent erklärte, daß die Kündigung des Lohn-tarifs erfolgt sei. Die Tarifkommission habe bereits getagt und ihre Beschlüsse sollen Dienstag (heute) in einer Funktionärerversammlung bekanntgegeben werden. Auch die städtischen Beamten haben Forderungen erhoben. Wenn von gewisser Seite gesagt werde, daß es ganz gleichgültig für die Arbeiter sei, wie sich die Stadtvertretung zusammensetze, so müsse dieser Ansicht als einer schädlichen entschieden entgegengetreten werden. Wie die bürgerlichen

Parteien sich zu den Bestrebungen der Arbeiter stellen, dürfte doch genügend bekannt sein. Dringend notwendig sei vielmehr, für die Erhaltung einer sozialistischen Mehrheit mit aller Energie einzutreten. Es frage sich nun: „Wie ist die gegenwärtige Lohnbewegung durchzuführen?“ Hätten wir, so führte der Redner aus, bei den früheren Lohnbewegungen einen anderen Weg eingeschlagen, so würden wir jedenfalls leichter zum Ziele gekommen sein. Es würde sich wohl empfehlen, für dieses Mal den anderen Weg zu wählen, nämlich sich mit den sozialdemokratischen Fraktionen in Verbindung zu setzen, um so ohne schwere wirtschaftliche Kampfmittel zu einer Verständigung zu gelangen und das Maß des Erreichbaren zu erhalten. Wenn wir in gewöhnlicher Weise gemeinschaftlich zusammenarbeiten, dürfte uns dieses gewiß gelingen. (Lebhafter Beifall.)

Hochschild gab hierauf als Vertreter der Magistrats-Hilfskräfte folgende Erklärung ab:

Trotzdem der Zentralverband der Angestellten unter dem 30. Juli 1921 dem Magistrat mitgeteilt hat, daß von einer Kündigung des zweiten Vergütungstarifes für die nicht ständig Angestellten vorläufig abgesehen wird, haben das Tarifkartell und die Tarifkommissionen der dem Kartell angeschlossenen Verbände beschloffen, auf Grund des Magistratsbeschlusses vom 27. Juli 1921 gemeinsame Forderungen für Arbeiter und Angestellte einzulegen und zu vertreten.

Dieser Beschluß ist der Tarifdeputation des Magistrats übermittelt worden.

Der Redner bemerkte noch, daß die von einer bestimmten Seite aufgestellte Behauptung von der Zerstückelung des Lohnkartells hiernach völlig unbegründet sei. Die folgende Aussprache, an der sich etwa 10 Redner beteiligten, ließ den ernststen Willen einer Verständigung beider sozialdemokratischen Parteien erkennen. Es sprachen von der UEPD: Reubert, Dettmer, Hubert und Schönliet; von der SPD: Brückner, Berger, Brodal, Krumm, Polenske und Kammermeier. Aus allen Reden klang der Wunsch heraus, daß aus dieser ersten gemeinschaftlichen Tagung beider sozialdemokratischen Parteien sich ein weiterer Weg zu gemeinsamem Handeln, wenn auch vorläufig nur in wirtschaftlichen Fragen, ergeben und daß hierauf eine Verständigung auch in politischen Fragen erfolgen möge. Kammermeier hat, eine recht rege Animation zwecks inniger Zusammenfassung beider Fraktionen zu entfalten.

Ein Antrag von Hochschild, die Tarifforderungen der Festangestellten in den Gas- und Elektrizitätswerten zu unterstellen, wurde widerspruchslos angenommen.

Am Schluß registrierte Polenske als Ergebnis der Versammlung, daß beide Parteien darin einig sind, die jetzige Lohnbewegung zu einem befriedigenden Ende zu bringen.

### Erzählungen eines Lehrlings.

Zu der Notiz über die Befruchtungsbildung beim Fleischermeister Haeleloff, Teltow, Breite Str. 7, in Nr. 348 geht uns folgende Erklärung zu:

Wie wir uns überzeugen mußten, waren die Angaben in der genannten Notiz übertrieben. Es ist in einzelnen Fällen, hauptsächlich des Sonntags, vorgekommen, daß länger, auch bis in die späten Abendstunden hinein gearbeitet wurde, und zwar aus der Notwendigkeit heraus, um Fleischwaren vor dem Verderben zu schützen. Die Wohnungen liegen im Pariergeschloß. Es sind zwei wohnlich eingerichtete Räume, welche drei Personen zur Verfügung stehen. Eine Vergitterung der Fenster ist wegen Einbruchgefahr notwendig. Da Herr Haeleloff sehr viel unterwegs sein muß und die eigenartige Lage des Grundstücks es ermöglicht, daß fremde Personen daselbst betreten können, muß ganz besonders darauf geachtet werden, daß es immer gut verschlossen ist. Schlüssel werden den Beschäftigten nicht ausgehändigt, doch ist Vorkehrung getroffen, daß dieselben jederzeit aus- und eingehen können.

Im Beisein des Organisationsvertreters, sowie des Vaters und des Vormundes des Lehrlings versichert derselbe, stark übertrieben zu haben und nicht alles Angegebene aufrechterhalten zu können. Zwischen Herrn Haeleloff und der Organisation wurde eine Vereinbarung getroffen, daß für die Zukunft soweit als möglich die achtstündige Arbeitszeit innegehalten wird. Nach Möglichkeit wird von einer Arbeit in den Abendstunden abgesehen. Damit fallen alle an die vorige Notiz geknüpften Forderungen.

Zentralverband der Fleischer.

### Der Zeitungsstreik im besetzten Gebiet.

Infolge des schon gemeldeten Streiks der Buchdrucker in Mainz sind dort heute die bürgerlichen Zeitungen nicht erschienen. Mit Hilfe von Streikbrechern geben sie ein gemeinsames Nachrichtenblatt heraus.

Auch in Worms haben die Buchdrucker die Arbeit niedergelegt. Dort sind seit Montag keine Zeitungen erschienen.

Man rechnet damit, daß auch die kleinen rheinisch-herfischen Städte in den Streik einbezogen werden.

Im Nürnberg-Fürther Baugewerbe haben die Unternehmer wegen des Streiks der Zimmerleute die Aussperrung der Bauarbeiter beschlossen.

Die Diebstahler Irzenergebnisse befinden sich wegen Tarifdifferenzen im Kampf und bitten alle Berufsangehörigen, Zugang nach dort fernzuhalten.

Gewerkschaftliche Jugendkonferenz. Der Ortsausschuß Cassel richtet an alle zur gewerkschaftlichen Jugendkonferenz delegierten Vertreter die Aufforderung, sich wegen der Beschaffung von Logis bis spätestens zum 12. August an den Gewerkschaftsbund Cassel, Spohrstraße 6, zu wenden, da anderenfalls bei dem großen Andrang zu den Hotels keine Quartierbeschaffung mehr möglich ist.

Die Bergarbeiter in Wales werden nach der TL von einer großen Arbeitslosigkeit bedroht, da angeblich die Kohlenpreise tief gesunken sein sollen.

Stand der technischen Angeestellten und Beamten. Heute 7 Uhr. Sitzung aller Fachgruppenvereine im Norddeutschen Hof, Insuldenstraße 126. — Mittwoch: Mitgliederversammlung, Korben II, 7 1/2 Uhr im Restaurant Kamperts Festsaal, Schloßhaus Allee 129. — Donnerstag: Mitgliederversammlung, Charlottenburg II, 7 1/2 Uhr im Restaurant Ruhland, Savignypfad 5. — Freitag: 7 1/2 Uhr im Rest. Hohenzollern, Hamburgerstraße. — Samstag: 7 1/2 Uhr im Rest. Zur Mühle, Franzfurter Allee 226. — Sonntag: 1 1/2 Uhr im Rest. D. Berliner, Brunnenstraße 140. — Oster: 1 1/2 Uhr im Hochbahnhofsrestaurant, Straßener Allee 48. — Silvester: 7 1/2 Uhr im Restaurant Gabel, Tempelhofer Ufer 6. — Sitzung der Gruppenkommissionen der VVa-Gruppe Gesundheitsfürsorge, 7 Uhr im Empfangsraum des Bahnh. Werthestraße 7.

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion Teltow. Donnerstag, 7 Uhr, bei Boer, Breitestraße 17, Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Deutscher Portierverband. Mittwoch, morgens 9 Uhr, bei Schirm, Charlottenstraße 78. Versammlung aller auf Haus-, Holz- und Lagerhäuser, Fabellen und Industriehäusern beschäftigten Portier. — Donnerstag, im „Schweizergarten“, Am Friedrichshagen 1932: großes Sommerfest. Eintrittspreis 2 Mark. Silvestern Bureau Bayreuther Str. 31 und Engelstr. 14/15, Zimmer 48.

# Wirtschaft

## Das Clearing-House.

Unter dem englischen Ausdruck „Clearing-House“ versteht man ein Ausgleichs- und Abrechnungshaus, eine Anstalt, in welcher Schulden und Forderungen der Banken und Bankiers untereinander durch gegenseitige Abrechnung ausgeglichen werden. Das erste wurde 1775 in London von einer Anzahl Bankiers als Privatunternehmen gegründet. In der Folgezeit bildeten sie sich in fast allen Ländern. Das Bedürfnis nach dem Clearing-House (sprich: Klirring-Haus) wuchs in dem Maße, in dem der Scheckverkehr sich ausbreitete. Heute, wo der Scheckverkehr allgemein geworden ist, ist das Clearing-House, in dem diese Schecks gegenseitig abgerechnet und verrechnet werden, der Mittelpunkt des Geldverkehrs. Das hat die Vereinfachung der Zahlungsstellen und die kreditwirtschaftliche Verfügung bewirkt. In Deutschland wird das Clearingverfahren durch die Abrechnungsstellen der Reichsbank bewirkt.

Die Steigerung und Ausbreitung des Scheckverkehrs über die Abrechnungsstellen der verschiedenen Länder war in den letzten Jahren außerordentlich hoch. Der Betrag der Einlieferungen betrug bei

	1917	1920
Bankers Clearing-House in London	19 120 000 000	89 020 000 000 Pf.
Abrechnungsstellen d. deutsch. Reichsbank	63 120 000 000	695 780 000 000 M.
Comptre de Compensation, Paris	43 880 000 000	260 500 000 000 Fr.
New York Clearing-House	177 400 000 000	248 140 000 000 Doll.

Die stärkste Entwicklung ist in Deutschland zu beobachten. Die abgerechneten Summen hoben sich in den drei Jahren mehr als verdreifacht. Das hängt natürlich in der Hauptache von der Entwertung des deutschen Geldes ab. Andererseits ist aber die Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ein starker Antrieb. Im Jahre 1913 wurden durch die Abrechnungsstellen der Reichsbank 15 1/2 Mill. Schecks verrechnet. Im Jahre 1920 stieg die Zahl der Einlieferungen aber auf über 20 Millionen Schecks.

Neben dem Bankabrechnungsverkehr muß noch auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch die Postämter verwiesen werden. Im Juni 1921 betrug der Umsatz im Postfischdeckverkehr 80 1/2 Milliarden Mark, davon entfielen 82 Proz. auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr; also auf die Verrechnung von Konto zu Konto. Man kann für dieses Jahr einen Umfang des Postfischdeckverkehrs in Deutschland von weit über 1000 Milliarden Mark und einen bargeldlosen Verrechnungverkehr bei der Post von über 900 Milliarden Mark annehmen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche ungeheure Massen von Zahlungsmitteln wir bereithalten müßten, wenn die im Abrechnungswege übertragenen Jahressummen von fast 700 Milliarden Mark bei der Reichsbank und von rund 900 Milliarden Mark bei den Postämtern in barem Gelde hätte gezahlt werden müssen, so kann man die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs leicht ermessen.

R. S.

„Weil der Weizen im Inland teurer ist.“ Zu der Notiz im untern heutigen Morgenblatt unter diesem Titel wird uns von unrichtiger Seite mitgeteilt, daß es sich nicht um einen Antrag handelt, die Ausfuhr von Weizen freizugeben, sondern die Einfuhr. Dadurch wird auch die von uns daran geknüpfte Bemerkung hinfällig.

## Aus aller Welt.

Söhne für Schandlaster Järdiger im Rheinland. Die beiden schwarzen Soldaten, die in der Nähe des Krematoriums in Mainz einen Deutschen überfallen und durch Messerstiche in den Kopf schwer verletzt haben, sind inzwischen ermittelt worden und sehen ihrer Aburteilung durch das französische Kriegsgericht entgegen.

Raubanfall im Eisenbahnwagen. In einem Personenzug Frankfurt-Rainz wurde ein junges Mädchen, das zur Zahlung eines größeren Betrages nach Mainz fuhr, während der Fahrt hinter Mainz-Süd von drei jungen Wurdigen überfallen. Die Täter, die aus dem langsam fahrenden Zug sprangen, haben 3000 M. erbeutet. Zwei wurden verhaftet.

Der Typhus in Elbsh-Lothringen. Aus der südlichsten Ecke des Landes, dem Kanton Hünningen und dem Nordosten, aus Forbach, wird der Ausbruch bedenklicher Typhusepidemien gemeldet.

Im Unterhaus gestorben. Der liberale Abgeordnete Wintringham ist Montag nachmittag im Unterhaus gestorben. Die Sitzung wurde unterbrochen.

Recanto. für den rebalt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Glode, Berlin. Verlag: Verlags-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Nutzeisen**  
Stabreisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerbocke, Riemenschleiben, Fußsätzen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben  
**Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln**  
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrals: Lichtenberg, Altargulstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647

**Zähne von 5 M.** Ersatz. Ausföhrung. 5 Jahre Garantie. Umarbeitg. alt Gebisse an Reparaturen sofort. Goldkronen. Brücken. Teilzahl. 9-7, Sonntag 9-1, nahe Schönhauser Tor  
**Hempel, Dentist, Lindenstr. 220.**  
**Metal-Bettstellen**  
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel  
**Fürst, Neukölln**  
Hermannstraße 31  
Ecke Mählower Str.  
Fabrikpreise  
Lieferung frei Haus

**Univer-  
Jimm**  
Widst, Wässer, Dichten verschwinden sehr schnell, wenn man ebenst den Schaum d. Zucker's Patent-Medizinal-Salbe eintröpfeln läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit Zuckerkrems nachtröpfeln. Grob-artige Blühung u. Leukämien bekämpft. In allen Apothek., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

**Alte Hüte**  
Waschen und Modernisieren von Damen- und Herrenhüten. Vergröß. u. billige Ausföhrung.  
Herm. Fuchs  
Berlin O 112,  
Frankfurter Allee 207.  
**Parzellen**  
in Eggstedorf, 15 Minuten vom Bahnhof Strausberg entfernt, zu verkaufen. Köhn & Co. Berlin, Potsdam. H. Auf. 2065

Zähne v. 8 M. Teilzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb an 3. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtes Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Dr. W. a 11, Potsdamer Str. 33. Hochb. Sorechz. 4-7  
**Stinnes Neu!**  
und seine 500000 Arbeiter  
**Von Kurt Heinig**  
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Betätigungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.  
Preis 2,50 Mark  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 2  
**H. & P. Uder, S6. 16, Engeljufer 5**  
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake  
O.A. Manewacker • Goldfarb • Landfried • Elcken • Raulino  
Oidenkott • Geöffnet 8-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014, 13720

**An Beamte und Angestellte**  
Bester Maßschneider Herr- nardrobe gegen monatliche Ratenzahlung. Für Gemein- aufträge von Betriebsräten besondere Konditionen. Offerten unt. R. 25 an d. Betriebs-Exp.

**Für Reise! Schreibmaschinen**  
besond. bill. u. taefellose all. bek. Marken, fern. Adier, Ideal, Continental. Gen.-Vertrieb der Stover-Brand u. Ellis sol. Liefer. (Fabrikpr.)  
**Schäfer & Claus**  
Berlin, Leipziger Str. 19  
Zentr. 9701, 9230

**Lombard-Haus**  
N. Graf, Leipzig, Str. 75 11  
Höchste Belebung Diskret., Reelle Gelogehnisse, Klaus, Uhren, Brillanten, Schmuckaschen.  
10-30/ unter Ladengep.

**KORB-MÖBEL**  
für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausföhrung. Korbsessel von M. 45 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.  
**Heinrich Kaese**  
Korb- und Rohrmöbelabrik.  
Neukölln, Berliner Str. 89, Quergeb. part. (Kein Laden.)

**Existenz und Selbständigkeit**  
finden Sie durch Verkauf von tabak, billigen Geschäften (auch mit Wohnun). Vollständig kollektive Beratung u. Ratgeber. Rittstr. 22 (Rathauspl.). 9-3 Uhr. Große Auswahl nachprüflich guter Geschäfte jeder Branche. Hunderte Referenzen vorliegend. Nur persönliche Ausw. zt.  
**Dr. med. Meyenberg**  
G. m. b. H., a. d. Potsdam. Str. 27 b.  
Neuartige Behandlg. aller Geschlechtsleiden und Frauenleiden nach 14 D.-R.-Patenten bes. in veralteten Fällen, Verengung, Fäden i. Urin, schmerzlos u. bei gewohnter Lebensführung. Blutuntersuchung. Salvarsan. Das Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10 Mark. Univers. behandlung der Frau 2 Mark. Prospekt kostenlos. Damenzimmer. 11-1, 5-7, Sonntag 11-1 Uhr. 161/2